

„Unser Sachsen für Morgen: Modern und solidarisch“

Rede: Martin Dulig auf dem Parteitag in Görlitz, 7. November 2015

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Genossinnen und Genossen,

herzlich willkommen in Görlitz, dem Ort unseres Parteitags.

Und herzlich willkommen in der Koalition und in der politischen Verantwortung.

Die dramatisch zugespitzte Lage im Herbst 2015, in Sachsen, in Deutschland, ja in ganz Europa schreit geradezu nach Verantwortung, der wir uns mit ganzer Kraft, mit Mut und Entschlossenheit stellen müssen.

Und deshalb füge ich noch hinzu: Willkommen in der Realität!

Eine schwierige Realität über die wir heute offen und engagiert debattieren und beraten wollen.

Anrede,

Heute vor einem Jahr haben wir in einem Mitgliederentscheid mit 82 Prozent JA zu dem Koalitionsvertrag und JA zu einer Regierung mit der CDU gesagt. Wir haben mit dem JA Verantwortung übernommen. Denn regieren heißt, Verantwortung zu übernehmen, Kurs zu halten und seine Entscheidungen auf der Höhe der Zeit zu fällen.

Vor einem Jahr sah die Welt noch ganz anders aus. Wir bereiteten uns darauf vor, den gut verhandelten Koalitionsvertrag umzusetzen, in die Haushaltsverhandlungen einzutreten und als Koalitionsfraktion und als Mitglieder der Staatsregierung in der Regierungsverantwortung anzukommen. Und wir sind schnell und gut in die Regierungsverantwortung gekommen.

Martin Dulig, SPD-Landesparteitag am 7. November 2015

Ich möchte mich daher an dieser Stelle ganz herzlich bei Dirk bedanken. Er hat als Generalsekretär die Koalitionsverhandlungen professionell gemanagt und zum Erfolg geführt und er hat als neuer Fraktionsvorsitzender die große Herausforderung angenommen, unsere Fraktion auf Augenhöhe mit der CDU zu führen und uns den Rücken freizuhalten und zu stärken.

Ich möchte mich bei Eva und bei Petra bedanken. Wir sind ein klasse Team im Kabinett. Wir wissen, was wir wollen und können deshalb viel bewegen. Es macht mich immer wieder stolz, mit euch zusammenzuarbeiten.

Ich bedanke ich mich, bei unseren Staatssekretären bei Hartmut, Stefan, Uwe und Sebastian sowie unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den politischen Leitungsebenen der SPD-Ministerien. Ihr managt die Koalition in der Regierung hervorragend.

Danke, liebe Abgeordnete unserer SPD-Landtagsfraktion! Die 18 Abgeordneten sind diejenigen, die im täglichen politischen Ringen nach den besten Lösungen die Garanten für die Umsetzung des Koalitionsvertrages sind.

Eine tolle Zusammenarbeit gibt es mit unseren Bundestagsabgeordneten. Danke, lieber Thomas, liebe Dani, liebe Susann, lieber Wolfgang, liebe Simone und lieber Detlev! Wir sind im Bund und im Land in der Verantwortung. Wir stimmen uns gut ab und das hilft uns beiden.

Ein großes Dankeschön geht an meine Partei, an die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Sachsen. Das gilt den Hauptamtlichen mit Jens und Bea an der Spitze genauso wie den vielen ehrenamtlich Engagierten. Ihr tragt uns, ihr seid das Fundament auf dem unsere Arbeit beruht. Das ist mir sehr bewusst und dafür bin ich euch von Herzen dankbar.

Anrede,

Wir sind angetreten, um das moderne Sachsen zu schaffen. Und wir kommen voran, können erste Erfolge unserer Arbeit verbuchen. Ich habe das kürzlich in

einer Regierungserklärung ausführlich dargestellt und will deshalb heute nur noch einmal ein paar Punkte nennen, die zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind:

- Der Betreuungsschlüssel in den Kitas wird schrittweise verbessert.
- Es werden mehr Lehrerinnen und Lehrer eingestellt.
- Der Stellenabbau bei der Polizei wurde gestoppt.
- Die Niedriglohnstrategie ist beendet und endlich wird wieder Arbeitsmarktpolitik gemacht.
- Die Wissenschafts- und Hochschulszene atmet auf: Eva-Maria Stange ist Wissenschaftsministerin, und die Stellenkürzungen wurden zurückgenommen.
- Und welch kluge Entscheidung es war, eine eigene Staatsministerin für Integration und Gleichstellung zu berufen, hat die aktuelle Entwicklung mehr als bestätigt. Petra hat derzeit die wichtigste und schwierigste Aufgabe. Sie leistet hervorragende Arbeit und das bislang ohne entsprechende Ausstattung. Petra, das wollen und werden wir ändern!

Aber wo Licht ist, fällt auch Schatten. Nicht jeder Kompromiss mit der CDU war ein guter. So manches Mal mussten wir um des lieben Friedens Willen zurückstecken. Wir haben aber auch Fehler gemacht. Und ich sage offen, aber ohne jede Schuldzuweisung, unsere Zustimmung zum Abgeordnetengesetz war ein solcher Fehler. Und ich möchte mich bei den Bürgerinnen und Bürgern in Sachsen dafür **entschuldigen**.

Ich unterstütze daher sehr die Initiative unserer Fraktion, in dieser Legislaturperiode zu einer fraktionsübergreifenden Lösung zu kommen und auf Basis des NRW-Modells, die Pauschalen abzuschaffen und in eine Grunddiät zu integrieren. Diese Regelung ist für jeden nachvollziehbar, klar und transparent wie keine zweite derzeit in Deutschland. Ich bin gespannt, ob sich die anderen Parteien bewegen. Aber es geht nicht nur um uns. Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, als würden wir uns nur um unsere Angelegenheiten kümmern. Wir

haben im Wahlkampf versprochen, „*unser Sachsen für morgen*“ zu schaffen. Das ist eine ständige Herausforderung, unser Handeln immer wieder neu zu justieren, Fehler einzugestehen und zu korrigieren und nach besseren Lösungen zu suchen. Nur so werden wir neues Vertrauen gewinnen.

Anrede,

Die Welt scheint aus den Fugen geraten. Krieg, Not und Elend haben Millionen Menschen fliehen lassen. Die meisten in die Nachbarländer der Krisenregionen. Sie haben weder die finanziellen Ressourcen, um nach Europa zu kommen, noch haben sie die Hoffnung aufgegeben, in ihre Heimat wieder zurückzukehren.

Aber sehr viele Menschen haben auch lebensgefährliche Strapazen auf sich genommen, um nach Europa zu kommen. Sie haben ihr gesamtes Hab und Gut kriminellen Schleusern geben müssen, nur um hier her zu kommen. Ganze Familien haben das wenige Geld zusammengelegt, um wenigsten einem Familienmitglied die riskante Flucht auf unseren Kontinent zu ermöglichen. Inzwischen ist Deutschland für viele Flüchtlinge das gelobte Land, das Ziel ihrer Flucht, ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft und neue Heimat.

Allein in diesem Jahr werden über eine Million Menschen zu uns kommen. Die meisten aus Krisenländern, wie Syrien, Afghanistan und dem Irak. Viele werden bleiben. Sie werden unser Land verändern, ja sie haben unser Land bereits verändert. Darauf müssen wir uns einstellen. Je schneller wir das tun, umso besser. Sonst wird das eintreten, was laut aktuellen Umfragen immer mehr Menschen befürchten: Wir werden von der Entwicklung überrollt werden, weil die Politik ratlos und uneinig ist und hilflos agiert.

Dieser fatalen Wahrnehmung vom drohenden Kontrollverlust der Politik müssen wir entgegentreten. Und deshalb frage ich uns:

- Wann wenn nicht jetzt, ist es Zeit für die Politik zu handeln?

- Wann, wenn nicht jetzt, können Entscheidungen getroffen, Strukturen verändert und eingefahrene Spuren verlassen werden?
- Und liebe Genossinnen und Genossen: Wer, wenn nicht wir, können dieser Verantwortung besser gerecht werden?

Wir sind die einzige Partei, der es seit über 150 Jahren gelingt, Tradition und Moderne zu verbinden. Wir sind die einzige Partei, für die Gerechtigkeit und Fortschritt kein Widerspruch ist. Und wir sind deshalb auch die einzige Partei, die sich nicht ängstlich wegduckt, wenn es gilt, Verantwortung für die jetzt anstehenden großen Veränderungen zu übernehmen, vor denen unser Land steht.

Nein, wir haben keine Angst. Im Gegenteil: **Wir sind mutig, unverbraucht und voller Elan.**

Johannes Rau hat einst eine sehr bemerkenswerte Rede unter dem Motto „Ohne Angst und Träumerei“ gehalten. Er beschrieb die großen Integrationsherausforderungen, ohne das jetzige Ausmaß auch nur zu erahnen. Seine Überschrift ist aber gerade heute wertvolle Richtschnur unseres politischen Handelns. Ich habe das für mich abgewandelt und sage: Lasst uns an die Aufgabe gehen: Ohne Angst und ohne Illusionen (denn gegen Träumen habe ich nun wirklich nichts!!)

Anrede,

Der sittliche Zweck unseres Handelns ist es, unser Land zur Herberge und Heimat für die zu uns kommenden Menschen zu machen. Das meint nicht nur Schutz, Versorgung und Unterbringung. Das bedeutet vor allem die gesellschaftliche Integration all dieser neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger: Sprache. Nachbarschaft. Anerkennung. Arbeit.

Die SPD steht seit ihrer Gründung für Gerechtigkeit und Solidarität. Solidarität ist unser Wort für Integration!

Deshalb sind wir die Integrationspartei in Sachsen!

Unser derzeitiges Handeln und auch unser Unterlassen drohen jedoch unseren sittlichen Zweck zu gefährden. Eine ehrliche Analyse zeigt, dass wir mit der großen Dynamik der Flüchtlingszahlen an unsere Grenzen gekommen sind und vielleicht sogar schon darüber hinaus. Auf chaotischen Wegen kommen derzeit zu viele Flüchtlinge in zu kurzer Zeit. Damit ist schon eine menschenwürdige Aufnahme vielerorts kaum noch zu schaffen. Erst recht kann aber Integration nur schwer beginnen. Es ist aber pragmatisch und erst recht sittlich geboten, dass sie gelingt!

Deshalb müssen wir auch Entscheidungen treffen bzw. sie akzeptieren, die uns schwerfallen und noch vor wenigen Monaten kaum vorstellbar waren. Wir müssen den Zugang nach Deutschland und Europa regeln und ordnen. Das heißt konkret: Die Einreise, Registrierung und Gesundheitsprüfung regeln und die Asylverfahren und die Verteilung in Europa ordnen. Es könnte besser gelingen, wenn wir damit an den Außengrenzen Europas beginnen.

All das gelingt uns derzeit noch nicht. Deshalb müssen wir Zeit gewinnen und Kraft tanken, damit unsere Werte nicht in der Aussichtslosigkeit des Misslingens untergehen. Wir müssen dafür sorgen, dass zumindest zeitweise weniger Menschen bei uns ankommen.

Zurzeit reicht unsere Kapazität gerade mal aus, um Hunderten Flüchtlingen pro Tag ein Dach über den Kopf, also eine Schlafmöglichkeit mit einem Grundmaß an Hygiene anzubieten und sie zu verpflegen. Aber seien wir ehrlich: Menschen, die in ihrer Not zu uns fliehen, für Monate in leere Baumärkte, ehemalige Pionierlager, große Zelte und in Messehallen unterzubringen, ist doch für ein zivilisiertes Land eigentlich unwürdig.

Aber so ist die Realität. Wir können gerade gar nicht anders. Haupt- und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sind am Ende ihrer Kräfte, wir schieben

eine riesige Antragswelle noch nicht registrierter Migrantinnen und Migranten vor uns her und wissen nicht, ob wir in so kurzer Zeit ausreichend Platzkapazitäten schaffen können. Wie lange soll denn das gehen? Und wie war das mit der Integration? Unter diesen Umständen können wir sie noch gar nicht beginnen. Die meisten sind ja noch in den Erstaufnahmeeinrichtungen.

Inzwischen haben wir nicht eine, oder drei, nein inzwischen haben wir 41 Erstaufnahmeeinrichtungen. Die betroffenen Städte und Gemeinden können ein Lied davon singen, was es heißt. Ich verstehe auch die Kritik an der Landesregierung über die mangelhafte Kommunikation. Und ich mache es mir nicht einfach, indem ich mit dem Finger nur auf die zuständigen Minister von der CDU verweise. Wir haben zwar immer wieder ein besseres Kommunikationsverhalten angemahnt, aber die Gesamtverantwortung trägt die ganze Staatsregierung, und da ducken wir uns nicht weg.

Ich habe für meine Rede am 3. Oktober viel Lob und viel Kritik erhalten. Auch in den eigenen Reihen gab und gibt es eine heftige Auseinandersetzung darüber, was es nun für uns heißt, wie ich gesagt habe, „die Flüchtlingswelle einzudämmen, sie zeitweise sogar zu stoppen“ und welche „harten Entscheidungen“ vor uns stehen.

Diese Auseinandersetzung in der SPD ist richtig und wichtig, zeigt sie doch, wie sehr wir um ein für uns so wichtiges Thema ringen. Und an die Adresse der Jusos sage ich: Eure Kritik in der Sache nehme ich ernst, aber meine politische Haltung lasse ich mir von niemandem diskreditieren. Mir Populismus vorzuwerfen, ist verletzend, aber damit kann ich leben. Was ich nicht akzeptiere, dass auf diese Weise der brandgefährliche Populismus von PEGIDA bis zur AfD, relativiert und verharmlost wird. Das musste ich jetzt einfach loswerden; und dann ist es aber auch gut.

Um es auch hier in Görlitz mit aller Deutlichkeit zu sagen: Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht weder das Grundrecht auf Asyl zur Disposition, noch werden wir das europäische Projekt durch nationale Grenzzäune in Frage stellen.

Was aus meiner Sicht getan werden sollte, habe ich in vier Punkten zusammengefasst:

- Erstens: Wir werden die europäischen Außengrenzen für die Flüchtlinge nur offen halten können, wenn wir zu einer solidarischen europäischen Verteilung kommen und die Zuwanderung nach Europa organisiert und geregelt verläuft. Wir müssen den betroffenen europäischen Staaten dabei helfen, dass dies effektiv funktioniert, aber auch unter humanitären Gesichtspunkten vernünftig läuft. In diesen Ländern sollen dann auch sogenannte „Hot Spots“ errichtet werden, in den Flüchtlinge bereits ihren Asylantrag für die EU stellen können und von wo aus sie dann weiterverteilt werden.
- Zweitens: Wir müssen, neben der immerwährenden Aufgabe, nämlich die Ursachen für Flucht und Vertreibung zu bekämpfen, vor allem die Nachbarländer der Krisenregionen stärken. Dorthin fliehen die meisten Menschen in der Hoffnung, einmal in ihre Heimat zurückkehren zu können. Ja, dass heißt auch, mit der Türkei ordentlich zu verhandeln. Wir brauchen sie als Partner, auch wenn es mit der politischen Führung eine heikle Herausforderung darstellt. Für dringend erforderlich halte ich auch, dass die Flüchtlingslager, der UNHCR und andere Flüchtlingsorganisationen wieder besser finanziert werden. Es ist unverständlich, dass deren finanzielle Unterstützung in den letzten Jahren auf ein Siebentel zurückgefallen ist.

- Drittens: Wir werden auch mit Staaten in Nordafrika zu Kooperationen für Flüchtlinge, sowohl bei der Unterbringung als auch bei der Asylantragstellung, zusammenarbeiten. Wir brauchen mehr Diplomatie, wir brauchen mehr Steinmeier und vor allem brauchen wir Europa. Die Aufgabe, sich auf eine europäische Flüchtlingspolitik und ein europäisches Asylrecht zu verständigen, darf nicht in eine vage Zukunft verschoben werden. Sie muss jetzt ganz oben auf der politischen Agenda für Europa stehen.
- Viertens: Wir müssen endlich unsere Hausaufgaben erledigen, uns über die notwendigen Verfahren verständigen und diese dann auch umsetzen. Darüber wird seit Wochen gesprochen, teilweise öffentlich gestritten, aber es passiert zu wenig. Nach dem Amtswechsel an der Spitze des BAMF wächst mein Zutrauen und meine Hoffnung, dass es gelingen kann, sowohl ausreichend Personal als auch ein effektives Bearbeitungsprogramm für die Bearbeitung der Asylanträge zu bekommen. Wir sind im 21. Jahrhundert und sind nicht in der Lage, dass Behördendaten ausgetauscht werden können. So werden Fingerabdrücke mehrfach genommen und Asylbewerberinnen und -bewerber müssen ihre Registrierungsunterlagen ausgedruckt mit zur Antragstellung in das BAMF mitbringen, damit dort die Daten noch einmal händisch eingetippt werden.

Solche Stümperei ist im Zeitalter des Internets und der Digitalisierung mehr als peinlich. Wer wie ich gedacht hat, dass die Blamage des Berliner Flughafens nicht getoppt werden kann, wird gerade eines Besseren belehrt.

Ich gehe davon aus, dass die Ankündigungen von Herrn Weise zutreffen, und wir im Frühjahr 2016 diese Probleme gelöst haben werden. Dann weiß auch jeder Flüchtling innerhalb einer vertretbaren Zeit, ob er bzw. sie bleiben kann, die

Verteilung auf die Kommunen kann erfolgen, und die Integration kann wirkungsvoll beginnen. Das heißt aber auch, dass diejenigen, die kein Bleiberecht haben, unser Land schnell wieder verlassen müssen.

Anrede,

Ich glaube, dass diese vier Maßnahmen helfen könnten, die Flüchtlingszahlen auf eine für uns zu bewältigende Größenordnung zu begrenzen. Aber seien wir nicht naiv. Selbst wenn wir heute diese Entscheidungen trafen und konsequent umsetzten, würde ihre Wirkungen erst in mehreren Monaten, vielleicht sogar erst in ein bis zwei Jahren eintreten. Deshalb sind die Flüchtlingszahlen in diesem Jahr von mehr als einer Million Menschen wohl auch die ungefähre Größenordnung für das kommende Jahr. Und viele, die kommen, werden bleiben.

Das ist die Realität im November 2015. Und ich sage, das ist gut so, ohne die Schwierigkeiten und Probleme auszublenden oder auch nur kleinreden zu wollen, die dadurch auf uns zukommen. Ich möchte euch meine Haltung in dieser aus meiner Sicht zentralen Zukunftsfrage kurz begründen.

Neben der humanitären Aufgabe, die für uns immer Priorität hatte und haben wird, ist Zuwanderung für unser Land auch eine große Chance. Aber wir müssen sie vernünftig und human gestalten!

In wenigen Jahren wird Deutschland, wird Sachsen anders aussehen, weil das Land und die Gesellschaft sich vor allem durch Zuwanderung verändern werden. Es liegt an uns, in welche Richtung wir uns, unsere Gesellschaft, entwickeln wollen. Wir müssen lernen aus den Fehlern der mangelhaften Integration der 60er Jahre im Westen Deutschlands und der zu langsamen und teils gescheiterten Integration der Aussiedler zu Beginn der 90er Jahre im gerade wieder verneinten Deutschland.

Martin Dulig, SPD-Landesparteitag am 7. November 2015

Es liegt an uns, jetzt dafür zu sorgen, dass die selbstgeschürten Ängste der professionellen Angstmacher und Hassprediger der Rechtspopulisten sich nicht bewahrheiten, sondern dass diesmal durch Zuwanderung etwas Gutes entstehen wird. Etwas Gutes für alle - für die Menschen, die hier heimisch und für die Menschen, die bei uns eine neue Heimat finden wollen.

Und deshalb wiederhole ich mit Nachdruck: Es liegt ganz an uns! Es ist eine unserer großen Zukunftsaufgaben! Und so lautet denn mein Appell auf unserem Görlitzer Parteitag:

Lasst uns gemeinsam die Integration riskieren!

Ihr habt richtig gehört. Ich habe bewusst riskieren gesagt. Denn es gibt weder eine Garantie noch einen fertigen Bauplan für die perfekte Integration. Riskieren heißt in der aktuellen Lage, die Realität anzunehmen und sich dem Wandel, der nicht aufzuhalten ist, mutig zu stellen. Wer jedes Risiko vermeiden will, indem er sich ängstlich im Hier und Jetzt festklammert, der wird das Gegenteil von dem erreichen, was er beabsichtigt. Er zerstört zugleich auch alle Chancen, die Veränderungen bieten. Es klingt nur scheinbar paradox: Nichts zu riskieren, bringt nicht die erhoffte Sicherheit, sondern bedeutet im Gegenteil, mehr zu riskieren - nämlich die Zukunft zu verspielen.

Wir wollen uns der großen Zukunftsaufgabe mit Herz und mit Verstand stellen. Wir wollen, dass es gelingt. Wir wissen, dass wir Rückschläge einstecken müssen, und mit Gegenwehr zu rechnen haben, weil nicht alle die Chancen für sich und unser Land erkennen. Aber wir nehmen die Aufgabe an.

Unserer Petra Köpping kommt dabei eine ganz zentrale Rolle zu. Wie gut, dass diese Aufgabe in den Händen einer kompetenten Sozialdemokratin liegt.

Aber es bleibt natürlich unser **aller** Aufgabe. Und wir haben eine **doppelte Integrationsaufgabe** zu meistern: Integration nach innen und nach außen. Wir wollen, dass diejenigen, die bei uns bleiben, schnell und gut aufgenommen

werden, hier eine neue Heimat finden und uns neue Impulse geben, die uns bereichern. Aber wir brauchen auch die Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung, deren Bereitschaft sich mit Offenheit und Neugier auf die Veränderungen einzulassen. Dafür müssen wir intensiv werben. Denn Integration ist nicht die Aufgabe des Staates sondern der ganzen Gesellschaft.

Anrede,

Auch wenn Integration nicht vom Staat allein geleistet werden kann, können die Bürgerinnen und Bürger zu Recht von der Politik eine Antwort auf die Frage erwarten: „*Wie schaffen wir das?*“

Für uns als SPD lässt sich das Wie sehr konkret beantworten und findet sich im Initiativantrag zu Asyl und Integration wieder, den ich hiermit auch gleich einbringe. Ich will die wichtigsten Punkte kurz nennen:

- Integration funktioniert durch Sprache, Qualifikation, Arbeit und durch gesellschaftliche Teilhabe. Jede Migrantin, jeder Migrant erhält einen deutschen Sprachkurs. Die Hürden auf dem Arbeitsmarkt müssen abgebaut werden und wir werden mit einem eigenen Förderprogramm, Menschen so qualifizieren, dass sie auf dem 1. Arbeitsmarkt Anschluss finden.
- Eine Aushöhlung der Prinzipien guter Arbeit durch die Integration von Flüchtlingen muss verhindert werden. Eine Ausnahme vom Mindestlohn wird es mit mir nicht geben.
- Jugendliche, die eine Ausbildung bei uns machen, dürfen nicht nur während der Ausbildungszeit nicht abgeschoben werden, sondern bei erfolgreichem Abschluss sollen sie ein dauerhaftes Bleiberecht bekommen.

- Was wir nie aus den Augen verlieren dürfen: Unsere Maßnahmen müssen der gesamten Bevölkerung zu Gute kommen. Es wäre fatal, wenn der Eindruck entstehen würde, dass Flüchtlinge Wohltaten erhalten, die der heimischen Bevölkerung vorenthalten werden. Wenn wir jetzt dank der SPD zusätzliche Millionen für den Wohnungsbau erhalten, dann investieren wir diese Mittel nicht in Flüchtlingswohnungsbau, sondern in bezahlbare Wohnungen für alle. Und wenn wir Arbeitsmarktprogramme auflegen, dann nicht nur für Migrantinnen und Migranten sondern, für alle auf dem Arbeitsmarkt Benachteiligte. Nur so kann es gehen. Wir müssen zeigen, dass eine solidarische Flüchtlingspolitik nicht bedeutet, dass andere darunter leiden müssen.

Integration bedeutet fördern aber auch einfordern. Alle, die zu uns kommen und bleiben wollen, müssen wissen und lernen, was es heißt, bei uns in Deutschland frei und selbstbestimmt zu leben. Ich möchte das sehr konkret machen:

- Deutschland ist ein religiös entspanntes Land, in dem kein Bekenntnis das Alleinvertretungsrecht besitzt oder sich gar über ein anderes erheben darf. Man darf in Deutschland auch Atheist sein.
- Bei uns herrscht Meinungsvielfalt, die gewaltfrei und mit demokratischen Mitteln auszutragen ist. Unsere Regierung wird in freien und geheimen Wahlen vom Souverän, dem Volk bestimmt.
- Deutschland ist ein Rechtsstaat mit normativen Regeln und Sanktionen, die für alle gelten. Dafür sorgen unsere unabhängigen Gerichte.

Sigmar Gabriel hat in einer beeindruckenden Rede auf dem Perspektivkongress treffend beschrieben, um was es geht. Ich will ihn deshalb zitieren:

„Einwanderer suchen Orientierung. Wir tun ihnen und uns keinen Gefallen, wenn alles beliebig ist. ... Wir brauchen Klarheit darüber, dass wir Gleichheit anstreben.

Niemand hat das Recht, Frauen gering zu schätzen, von Ärztinnen die

Behandlung zu verweigern oder sich von einer Chefin nichts sagen zu lassen.

Wir brauchen Klarheit darüber, dass Homosexualität in Ordnung ist.

Wir brauchen Klarheit, dass Antisemitismus nicht hingenommen wird.

Die Grund- und Menschenrechte unserer Verfassung gelten für alle gleich. Das ist unser Angebot. Aber das ist auch unsere Forderung.“

Anrede,

Unser Land wird sich ändern. Gerade die CDU hat in den letzten Jahren vor allem hier in Sachsen unter dem Stichwort „demographischer Wandel“ Personal abgebaut und Strukturen nach unten angepasst. Jetzt wissen wir: Unsere Bevölkerung wird wachsen und nicht schrumpfen. Das heißt aber nicht, dass wir die Entleerung vieler Regionen umdrehen werden, und trotzdem ist es auch eine Chance für die ländlichen Regionen. Dort wo vor kurzem noch vier, fünf Kinder gefehlt haben, um die Klasse vollzubekommen und den Schulstandort damit zu sichern, werden vielleicht zwei Flüchtlingsfamilien helfen. Dort, wo der Handwerksmeister keinen Mitarbeiter findet, weil der lieber in die besser bezahlende Autofirma zum Arbeiten fährt, ist der handwerklich begabte Flüchtling ein hochmotivierter neuer Kollege. Dort, wo die Läden schon längst zugemacht haben, kann ein neuer Laden diesmal auch mit exotischeren Lebensmitteln von einem Zugewanderten oder einer Zugewanderten eröffnet werden.

Integration kann nicht verordnet werden, sie muss erlebt werden. Das gelingt dort, wo Kinder mit einander spielen, und es egal ist, ob der eine Junge Mustafa

oder das andere Mädchen Shu heißen. Das gelingt, wo Menschen miteinander arbeiten, wo aus Fremden Kolleginnen und Kollegen werden, weil es egal ist, woher man kommt, sondern nur zählt, was man kann. Wo Freundschaften entstehen, wo die Angst vorm Fremden die Neugier ablöst. Da entsteht ein modernes Sachsen.

Anrede,

Zugegeben, das klingt derzeit noch zu schön, um wahr zu sein. Noch sieht die Realität in Sachsen anders aus. Deshalb ist es so wichtig, dass wir auch die von mir so genannte zweite Integrationsaufgabe, die in unser Land hinein, jetzt entschlossen in Angriff nehmen.

Die Stimmung im Land ist nicht gut. Das Gift von PEGIDA und Co. zeigt leider Wirkung. Selbst die Mehrheit der Menschen in Sachsen, die sich nicht von der Hasspropaganda der Rechtspopulisten von ihrer demokratischen Grundgesinnung abbringen lassen, ist verunsichert. Das zeigen nicht nur die Umfragen deutlich, das erleben wir unmittelbar in unserer täglichen Arbeit.

Ja, die Ängste nehmen zu, und viele Fragen der Bürgerinnen und Bürger bleiben ohne Antwort. Ich weiß kein Patenrezept. Aber ich möchte, dass meine SPD in dieser Situation Verantwortung übernimmt, indem sie das Gespräch sucht und dafür geeignete Räume anbietet, die ein angstfreier Dialog braucht. Haben sich doch einige in den letzten Jahren gefragt, wo denn eigentlich die SPD in Sachsen ist, dann können wir in den nächsten Wochen und Monaten zeigen, dass wir da sind und die Sorgen, die an uns herangetragen werden, ernst nehmen. Ich bin sicher, erlebe es fortlaufend: Viele Menschen haben den dringenden Wunsch, sich mit ihren Fragen an politisch Verantwortliche zu wenden, ohne gleich als „Rassist“ abgestempelt zu werden, nur weil man Ängste ausspricht oder als „Linksradikaler“ verdächtigt zu werden, nur weil man sich für Flüchtlinge engagiert.

Ich will mit gutem Beispiel vorangehen: Ich werde **meinen Küchentisch**, der mich im Wahlkampf begleitet hat, wieder rausholen, um mit diesen Leuten zu sprechen.

Und ich möchte euch bitten, sprecht auch ihr mit den Leuten – mit oder ohne Küchentisch!

Rassisten wollen wir nicht an unserem Tisch haben. Auch die „Ich-habe-nichtsgegen-Ausländer-ABER-Sager“, die mit ihrem vorurteilsgeschwängerten fertigen Weltbild gar nicht mehr offen für Argumente sind, sollten sich weiterhin eine andere Plattform suchen. Wir brauchen auch nicht die Weltverschwörungstheoretiker und auch nicht die ewig Verbitterten, die nur wohlfeil ihren Frust bei uns entsorgen wollen. Unsere Einladung zum Gespräch richtet sich an alle, die einfach nur Fragen und Ängste haben und Aufklärung wollen, die wir mit ihren berechtigten Sorgen nicht abspeisen dürfen, sondern die Anspruch auf konstruktiven Umgang mit ihrer Kritik haben.

Auch hier gilt: Diese Räume kann und soll nicht nur die Politik schaffen. Hier sind genauso die Kirchen, Unternehmen, Gewerkschaften, Verbände usw. gefragt. Das Bedürfnis ist riesengroß, überlassen wir das Feld nicht den Angstprofiteuren von PEGIDA und AfD.

Den Hass und die Verachtung, welche durch PEGIDA und Co. in unsere Gesellschaft Einzug erhalten hat, macht sich zu erst in einer veränderten Sprache erkennbar. Erst sind es Worte, dann Fäuste, dann Steine, Feuer - irgendwann geht es ums Leben! Deshalb sage ich klipp und klar: Wer bei PEGIDA und Co. mitläuft, ist mitverantwortlich für die weitere Verrohung und den fehlenden Respekt in unserer Gesellschaft.

Die Anhänger von PEGIDA wollen ja keine Nazis sein. Aber was heißt das schon? Wehret den Anfängen kann ich da nur sagen. Gerade wir Deutsche sollten unsere Lektion gelernt haben. Die Nazis von einst konnten nur an die Macht gelangen, weil es eine wachsende Zahl von Mitläufern gab, die mitgeschrien und mitgemacht haben. Und am Ende wollten die Mitläufer von alledem nichts gewusst haben.

Und heute? Da jubeln gerade auch bei uns in Dresden tausende Mitläufer hasserfüllten Reden über „Volksverräter“, „Lügenpresse“, „Rassenschande“, „nicht mehr in Funktion befindliche KZ“ zu. Da darf ein Demonstrant mit einem selbstgebauten Galgen zu Lynchjustiz an Spitzenpolitikern aufrufen, ohne dass es die Mitläufer stört. Da werden Journalisten verprügelt, und die Schläger bekommen von den Mitläufern Beifall. Nun noch mal die Frage, wie wichtig ist es, ob das alles Nazis sind? Für mich ist nur allzu deutlich, die Mitläufer legitimieren möglicherweise naiv auf jeden Fall fahrlässig Rassisten und Nazis, die ganz andere Interessen haben. Unsere Antwort lautet daher: Wir werden unsere Demokratie vor Rassisten und Nazis schützen! Das ist beste sozialdemokratische Tradition!

PEGIDA zeigt aber auch, was in den letzten 25 Jahren in Sachsen schiefgelaufen ist. Die alte CDU muss sich ihrer Verantwortung stellen und die richtigen Konsequenzen ziehen. 25 Jahre Staatspartei CDU haben Sachsen auch zu einem demokratischen Entwicklungsland werden lassen. Hier wurde gern eingeteilt, wer ein guter und wer ein schlechter Demokrat ist. Wer die CDU kritisierte bzw. nicht nur alles toll in diesem Land fand, war dann schnell ein Nestbeschmutzer. Wer nicht in das Weltbild der alten CDU passte, wurde schnell auch mal mit Fördermittelentzug bestraft, wie z.B. der Landesfrauenrat oder in der Jugendhilfe. Politisches und gesellschaftliches Engagement wurde eher beargwöhnt als gefördert. In den Schulen fand Unterricht, aber wenig Auseinandersetzung und Erziehung statt. Mitbestimmung, Gewerkschaftsarbeit, sich gegen Nazis und Rassismus engagieren, das galt als „links“ und deshalb nicht gewollt. Aber

Martin Dulig, SPD-Landesparteitag am 7. November 2015

Demokratie lebt von Widerspruch, von Engagement und von Meinungsvielfalt.
Auch wenn es schwerfällt, dass muss man aushalten und sogar einfordern!

Dazu kam, dass in den letzten Jahren ein starker Staat als hinderlich galt. Der Öffentliche Dienst wurde geringgeschätzt und abgebaut, mit der Folge, dass wir inzwischen große Probleme haben, unsere staatlichen Aufgaben ordentlich zu erfüllen. Zum Glück vor hat einen Jahr eine neue Zeit begonnen. Nun ist die CDU mit uns in der Koalition und ist bereit, wenn sie den Koalitionsvertrag ernst nimmt, und davon gehe ich aus, die aktuellen Herausforderungen anzugehen. Stellt euch nur mal kurz vor, die CDU würde jetzt allein oder mit der FDP regieren! Ich weiß, eine furchtbare Vorstellung!

Wie würden sie ohne die SPD jetzt auf die aktuelle Situation antworten?

Man muss sich nur die Rede von führenden CDU-Sachsengrößen anhören, dann ahnt man, was sie am liebsten machen würden.

Auf der anderen Seite haben wir zwei Regierungserklärungen von Stanislaw

Tillich gehört, die waren eindeutig, gut und richtig. Da sprach ein Ministerpräsident, der seiner moralischen Verantwortung als Landesvater gerecht wird. Nur müssen jetzt auch die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Auch hier lohnt es sich, mit uns zusammenzuarbeiten. Denn auch hier sind wir klar: Wir wollen einen starken Staat und einen attraktiven öffentlichen Dienst. Wir wollen eine starke Wirtschaft und durchsetzungsstarke Gewerkschaften. Wir wollen Engagement fördern und Formen direkter Demokratie unserer guten repräsentativen Demokratie an die Seite stellen. Wir wollen Bildung, Bildung, Bildung, und wir wollen unsere Kommunen stärken. Wir wollen das Beste für unsere Kinder und sorgen für ein gutes und sicheres Leben im Alter. All das ist möglich, hier in Sachsen. So schaffen wir das moderne Sachsen.

Was heißt das für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten konkret?

Erstens: Wir brauchen eine Revitalisierung unseres öffentlichen Dienstes. Der

Personalabbau muss dem Ende angehören. Die Stellen müssen nach ihren Aufgaben und nicht nach Abbauzielen bestimmt werden.

Ich habe der CDU wiederholt angeboten und tue es heute wieder:

Wenn wir mehr Polizistinnen und Polizisten brauchen - wir stimmen zu.

Werden mehr Lehrerinnen und Lehrer gebraucht - wir stimmen zu.

Mehr Erzieherinnen und Erzieher - wir stimmen zu.

Und das gilt auch für mehr Professorinnen und Professoren, mehr

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Lehre und Forschung, mehr gut ausgebildete und kompetente Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte in den Behörden, die sachgerecht und schnell entscheiden. Wir stimmen zu.

Heißt das nun, dass wir wieder das Geld mit vollen Händen ausgeben, ohne uns darum zu kümmern, woher das Geld kommt? Nein. Wir werden auch hier nicht alle Wünsche erfüllen können. Wir werden auch abwägen, was wir uns leisten können und wollen und was nicht. Ich bin nur der Meinung, dass wir jetzt wieder auch in gutes Personal investieren müssen, allein schon, um der Alterung etwas entgegenzusetzen. Lieber jetzt zusätzliches junges Personal einstellen, als später die Aufgaben nicht mehr erfüllen zu können.

Zweitens: Wir brauchen mehr politische Bildung in Schulen und bei außerschulischen Trägern. Ja, mehr politische Bildung bedeutet auch mehr Widerspruch, mehr Kritik, aber auch mehr Interesse und Engagement. Alles das, was die alte CDU nie wollte. Fehlende politische Bildung hat aber eben auch zu PEGIDA und Co. beigetragen. Deshalb forderte ich eine politische Bildungsinitiative in Sachsen. Wir brauchen in unseren Schulen Debattierclubs und eine direkter Mitsprache von Schüler- und Elternvertretern auch in allen inhaltlichen Belangen der Schule. Wir werden bei den anstehenden Haushaltsverhandlungen eine Verdoppelung der Mittel für politische Bildung bei

Stiftungen und Bildungsträgern einfordern. Wir brauchen wieder eine internationale Jugendarbeit, denn auch Begegnung ist Bildung!

Drittens: Wir brauchen interkulturelle Kompetenz bei den Beamtinnen und Beamten sowie den Angestellten im Öffentlichen Dienst. Das gilt für die Polizeiausbildung in Rothenburg genauso wie für die Verwaltungshochschule in Meißen. Das gilt aber generell für unsere Ausbildungseinrichtungen und für unsere Hochschulen. Das sollte sich auch in der Einstellungspraxis bei neuen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst niederschlagen: Wir wollen Polizeibeamte, Lehrerinnen und Lehrer, generell Beamte und Angestellte, die einen Migrationshintergrund haben, bei uns beschäftigen. Wir können nicht nur von der freien Wirtschaft Integration einfordern, sondern wir müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Gerade der öffentliche Dienst ist als Dienstleister am nächsten an den Menschen dran. Da können Menschen mit einem anderen kulturellen, religiösen oder globalen Erfahrungsschatz helfen, Vorurteile abzubauen und Ängste vorm Fremden zu überwinden.

Viertens: Auch, wenn sich die Prioritäten aktuell verändert haben: Die Zukunft unseres Landes entscheidet sich nicht nur an einem Thema. Im Gegenteil.

Die Angebote, die wir im Wahlkampf gemacht haben und die sich in guten Kompromissen oder eins zu eins im Koalitionsvertrag wiederfinden, waren und sind Richtschnur für unser Regierungshandeln. Denn diese Maßnahmen sind notwendig, um ein modernes Sachsen zu schaffen. Dafür sind wir angetreten.

- Wir wollen mehr Bildung für Sachsen, denn Kinder sind die beste Zukunftsinvestition. In Kitas, in Schulen. Wir verbessern den Hochschulstandort Sachsen.
- Eva-Maria Stange verhandelt mit den Hochschulen gerade einen neuen Hochschulpakt, der ihnen Planungssicherheit bis 2025 bringen soll.

- Wir kümmern uns gerade um das digitale Sachsen und wollen eine moderne Infrastruktur mit schnellem Internet schaffen. Das ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass unsere sächsische Industrie, unsere Dienstleister und unser Handwerk sich unter dem wachsenden globalen Druck weiter stark entwickeln können.
- In Sachsen gibt es wieder Arbeitsmarktpolitik. Unter der Überschrift „Gute Arbeit in Sachsen“ haben wir nicht nur eine Arbeitsschutz- und eine Fachkräfteallianz, sondern auch einen Sozialpartnerdialog etabliert. Denn wir brauchen, um unser Ziel eine größere Tarifbindung in Sachsen zu schaffen, Arbeitgeber und starke Gewerkschaften. Sie sind unsere Partner.
- Wir kümmern uns um Familien und wollen, dass keine Form des Zusammenlebens diskriminiert wird.

Die Aufzählung ließe sich weiter fortsetzen und zu jedem Punkt müsste man noch viel mehr sagen. Mancher Antrag auf diesem Parteitag wird das tun. Und das ist gut so!

Es liegt jetzt an uns, dass etwas Gutes daraus wird. Wir haben es in der Hand. Wir tragen Verantwortung.

Unsere Antwort auf die Herausforderungen durch die tausenden Geflüchteten heißt Solidarität.

Unsere Antwort auf die drohende oder tatsächliche soziale Spaltung unserer Gesellschaft heißt Solidarität.

Unsere Antwort auf Entfremdung heißt Solidarität.

Unsere Antwort auf Globalisierung heißt Solidarität.

Unsere Antwort auf die Sehnsucht der Menschen nach Heimat, Geborgenheit und Sicherheit heißt Solidarität.

Mir war heute besonders wichtig, herauszuarbeiten, dass unsere Aufgaben durch die aktuelle Entwicklung nicht anders, aber noch größer, noch schwieriger

Martin Dulig, SPD-Landesparteitag am 7. November 2015

geworden sind. Wir müssen einen verdammt guten Job machen, liebe Genossinnen und Genossen. Und wir brauchen gute Nerven, um unsere Arbeit gut zu machen.

Ich weiß, dass wir das gemeinsam schaffen werden. Es geht um ein großes Ziel.

Es geht um unsere Demokratie, um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Beides ist derzeit durch Angst und Hass bedroht. Das beste Mittel gegen Angst und Hass ist Solidarität. Damit kennen wir uns aus, liebe Genossinnen und Genossen. Wenn wir also unser großes Ziel verfolgen und gemeinsam das moderne Sachsen schaffen werden, dann kann es nur ein solidarisches Sachsen sein!